

Kassel, 20. September 2012

Niederschrift
über die **15. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 15. August 2012, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD
Gernot Rönz, 1. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU (Vertretung für Dr. Maik Behschad)
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Wolfgang Decker MdL, Mitglied, SPD
Christian Geselle, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD
Esther Kalveram, Mitglied, SPD (Vertretung für Uwe Frankenberger MdL)
Dirk Döhne, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne
Bernd-Peter Doose, Mitglied, CDU
Georg Lewandowski, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Kai Boeddinghaus, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten
Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP - bis 18:45 Uhr (TOP 11)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Izzet Pehlivan, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Bernd Wolfgang Häfner, Stadtverordneter, Freie Wähler

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Rolf Hedderich, Kämmerei und Steuer
Elke Saupe-Klinger, Kämmerei und Steuer
Klaus Koch, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Ina Kolter, Gesundheitsamt
Andreas Peters, Umwelt- und Gartenamt
Ludger Röken, Umwelt- und Gartenamt
Anita Bodenbach, Bauverwaltungsamt
Hans-Jürgen Lengemann, Bauverwaltungsamt
Uwe Bischoff, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

Tagesordnung:

1. Sachstandsbericht Kasseler Bäder
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2011
Bericht des Magistrats
- 101.17.104 -
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste VI/2012- 101.17.542
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012;-Kenntnisnahme Liste VII/2012 - 101.17.543
4. Erste Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
- Gesundheitsamt Region Kassel - 101.17.545
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2012; - Liste 2/2012 - 101.17.546
6. Änderung der Straßenbeitragssatzung 101.17.310
7. Kosten für Broschüre "Bauen im Konjunkturprogramm der Stadt Kassel" 101.17.365
8. Beschäftigungsverhältnisse in städtischen Beteiligungsgesellschaften 101.17.370
9. Ratsbegehren jetzt 101.17.389
10. Informationsfreiheitssatzung 101.17.390
11. Anfrage zur Umsetzung der Beschlüsse 101.16.752 und 101.16.534 101.17.394
12. Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG 101.17.432
13. Umsetzungskontrolle der Stadtverordnetenbeschlüsse 101.17.490
14. Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ 101.17.505
15. Kein Verschweigen der NS-Geschichte im Henschel Museum 101.17.514
16. Aberkennung der Ehrenbürgerschaft August Bodes 101.17.544

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 8. August 2012 ordnungsgemäß einberufene 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Wunsch von Stadtverordneten Bayer, Piraten-Fraktion, wird Tagesordnungspunkt

- 10. Informationsfreiheitssatzung**
Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.390 -

wegen Beratungsbedarf von der Tagesordnung abgesetzt.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

**1. Sachstandsbericht Kasseler Bäder
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2011
Bericht des Magistrats
- 101.17.104 -**

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Sachstand bezüglich der Kasseler Bäder zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über den Sachstand der Kasseler Bäder und beantwortet im Rahmen einer regen Diskussion die sich anschließenden Nachfragen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt die schriftliche Beantwortung folgender Fragen von Stadtverordneten Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, zum Kombibad am Auedamm zu:

1. Wie hoch sind die Kosten für die besondere Gründung am Ende gewesen?
2. Wie viel hat der Abriss/die Baureife am Ende gekostet?
3. Wie hoch sind die Kosten für einen möglichen besonderen Hochwasserschutz gewesen?
4. Darstellung der Entwicklung der Eigenkapitalquote bei Berücksichtigung der Sanierung der Freibäder in Bad Wilhelmshöhe und Harleshausen mit einem Betrag von 5 Mio. oder 10 Mio. Euro mit einer Abrechnung über den Bädervertrag?

Der Bericht von Stadtkämmerer Dr. Barthel wird zur Kenntnis genommen.

- 2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste VI/2012 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.542 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste VI/2012 gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendung/Auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)

im Finanzhaushalt in Höhe von 7.000,00 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2012; - Kenntnisnahme Liste VII/2012 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.543 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste VII/2012 gemäß § 99 Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von	47.100,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von	67.700,00 €

Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

4. **Erste Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
- Gesundheitsamt Region Kassel -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.545 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erste Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenlegung der Gesundheitsämter von Stadt und Landkreis Kassel in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Erste Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung - Gesundheitsamt Region Kassel -, 101.17.545, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2012; - Liste 2/2012 -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.546 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2012 enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 5.910.000,00 €

im Finanzhaushalt in Höhe von 230.000,00 €

sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 900.000,00 €.“

Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt im Rahmen der Beratung von Anlage 1 der Vorlage zu, die konkrete Höhe der Gewinnausschüttung der Gesundheit Nordhessen Holding für das Klinikum Kassel schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2012; - Liste 2/2012 -, 101.17.546, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

6. Änderung der Straßenbeitragssatzung
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.310 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel wird wie folgt geändert:

1. Ein neuer § „Beteiligung“ wird mit untenstehendem Wortlaut in die Satzung aufgenommen

1. Die Beitragspflichtigen werden rechtzeitig, jedoch spätestens 1 Jahr vor Beginn der beitragspflichtigen Baumaßnahme, soweit die Gesamtkosten 25.000 € überschreiten, über deren Umfang und Art sowie über die für das Grundstück zu erwartende Höhe der anfallenden Kosten schriftlich sowie in einer Anwohnerversammlung informiert. Grundlage hierfür ist ein von der Verwaltung aufgestellter Planungsentwurf, der sich an den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit orientiert.
2. In einem Zeitraum von 3 Monaten nach dieser Information ist den Beitragspflichtigen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, Einwände zu äußern und Änderungsvorschläge zu machen. Hierfür erhalten sie Berechtigung zur Einsichtnahme in die Planungsunterlagen.
3. Zu den Stellungnahmen, Einwänden und Änderungsvorschlägen der Beitragspflichtigen haben die zuständigen Ämter Stellung zu nehmen und im Zuge der fachlichen Abwägung zu entscheiden, ob eine Berücksichtigung bei der weiteren Planung erfolgen kann. Die Planung ist ggf. entsprechend anzupassen. Über die Stellungnahmen der zuständigen Ämter sowie über das
4. Ergebnis der Abwägung sind die Beitragspflichtigen spätestens 1 Monat nach Ablauf der Stellungnahme Frist nach Punkt 2 rechtzeitig schriftlich zu informieren.
5. Zur Anhörung im zuständigen Ortsbeirat und zur Beschlussfassung in den städtischen Gremien sind neben den aktuellen Planungsunterlagen auch die Stellungnahmen, Einwände und Änderungsvorschläge der Beitragspflichtigen sowie die entsprechenden Stellungnahmen der Fachämter vorzulegen.

Aufgrund der Erläuterungen von Stadtbaurat Nolda über das praktizierte Verfahren wird auf Wunsch von Stadtverordneten Dr. Wett, CDU-Fraktion, der Antrag heute nicht zur Abstimmung gestellt, weil die Antrag stellende Fraktion ihren Antrag noch mal überarbeiten will.

Ohne Abstimmung, erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

- 7. Kosten für Broschüre "Bauen im Konjunkturprogramm der Stadt Kassel"**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.365 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Auf welche Summe belaufen sich die Kosten für die Erstellung der Broschüre „Bauen im Konjunkturprogramm der Stadt Kassel“, aufgeschlüsselt nach

1. Druckkosten?
2. Kosten für die Gestaltung der Broschüre?
3. Kosten für Fotografen, Zeitaufwand städtischer Mitarbeiter etc.?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage wie folgt:

- 1) Die Druckkosten belaufen sich auf 6.592,60,- € und das ist inklusive Mehrwertsteuer.
- 2) 11.245,50,- €
- 3) Fotografen, jedes Architekturbüro hat kostenlos die Fotos gestellt, Zeitaufwand städtischer Mitarbeiter 15 Stunden.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

8. Beschäftigungsverhältnisse in städtischen Beteiligungsgesellschaften
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.370 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchen Unternehmen mit städtischer Beteiligung wird vom Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes abgewichen?
2. Wie viele Beschäftigte je Gesellschaft sind von finanziellen Abweichungen betroffen?
3. Wie viele Betroffene sind je Gesellschaft von Lohnseinbußen betroffen, wie viele sind gegenüber dem TVÖD bessergestellt?
4. Wie viel Prozent des Lohns macht die Abweichung im Verhältnis zum TVÖD bei den betroffenen Beschäftigten aus?
5. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand je Betrieb und Jahr, um das Bezahlungsniveau des Öffentlichen Dienstes zu erreichen?
6. Welche Gründe sprechen aus Sicht des Magistrats gegen die Umwandlung der Stadtbild gGmbH und der Jafka gGmbH in Eigenbetriebe der Stadt Kassel.

Stadtkämmerer Dr. Barthel teilt mit, dass er aufgrund des damit verbundenen unangemessen hohen Rechercheaufwands, die Fragen 1 bis 5 nicht beantworten kann. Zu Frage 6 erklärt er, dass eine Umwandlung für die Gesellschaften keine Vorteile bringen würde. Im Gegenteil, die Flexibilität der Unternehmen würde bei einer Umwandlung eingeschränkt.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage für erledigt.

9. Ratsbegehren jetzt
Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.389 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- (1) Zur Frage der Bebauung des Langen Feldes führt die Stadt Kassel zeitnah eine Bürgerbefragung auf Grundlage der Regeln die in Hessen für Bürgerentscheide gelten durch.
- (2) Das Stadtparlament wird das Ergebnis dieser Bürgerbefragung respektieren und entsprechend umsetzen.

(3) Der Magistrat wird beauftragt, die für die Durchführung der Bürgerbefragung organisatorisch notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

(4) Um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel angemessen über die geplante Bebauung des Langen Feldes und seine Folgen zu informieren, wird ein Faktencheck bzw. Mediationsverfahren durchgeführt.

Stadtverordneter Bayer, Piraten-Fraktion, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten, betr. Ratsbegehren jetzt, 101.17.389, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

10. Informationsfreiheitssatzung

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.390 -

Abgesetzt

11. Anfrage zur Umsetzung der Beschlüsse 101.16.752 und 101.16.534

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.394 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Was hat der Magistrat zur Umsetzung folgender Beschlüsse getan?

- 101.16.752 -

Antrag der Fraktion B90/Grüne „Kauf von Wohnstadtwohnungen:
Der Magistrat prüft den Kauf der Wohnungen der Wohnstadt
(Wohnungsbestand in Kassel) durch die Wohnungsbaugesellschaft der
Stadt Kassel (GWG)“
Stadtverordnetenversammlung vom 17.3.2008

101.16.534 -

folgenden Absätzen eines Antrags „Wohnstadt: Investieren statt verkaufen“
der Fraktion Kasseler Linke
„Der Magistrat wird beauftragt:
gemeinsam mit anderen Kommunen und Kreisen auf die Landesregierung einzuwirken, um
den Verkauf von Wohnungen der Nassauischen Heimstätte zu verhindern.“

gemeinsam mit anderen Kommunen und Kreisen auf die Landesregierung einzuwirken, die Investitionen in den Wohnungsbestand und das Wohnumfeld auf das notwendige Maß zu steigern.

Stadtverordnetenversammlung vom 17.3.2008

2. Aus welchem Grund hat der Magistrat über die Umsetzung dieser Beschlüsse bisher nicht berichtet?
3. Welche Ergebnisse hat die Prüfung des Beschlusses 101.16.752 ergeben?
4. Mit welchen anderen Kommunen und Landkreisen ist der Magistrat aktiv geworden?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

12. Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.432 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt gemeinsam mit der GWG - Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH ein Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG zu entwickeln.

Ziel ist die Erarbeitung eines Modells zu einer umfassenden Beteiligung der Mieterinnen und Mieter sowohl auf der Ebene der Wohnquartiere als auch im Gesamtunternehmen bis hin zur Präsenz im Aufsichtsrat.

Über die Beiräte sollen die MieterInnen sowohl Mitwirkungsrechte bei Veränderungen des Wohnumfeldes, der Planung von Baumaßnahmen als auch Mitbestimmungsrechte bei Instandhaltungen, Modernisierungen und der Festsetzung der Miethöhe erhalten.

Die Erfahrungen mit der MieterInnenbeteiligung bei der Wohnbau Gießen GmbH sollen in die Entwicklung eines solchen Beteiligungsmodells bei der GWG einfließen.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Konzept zur Einrichtung von MieterInnenbeiräten in der GWG, 101.17.432, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

- 13. Umsetzungskontrolle der Stadtverordnetenbeschlüsse**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.490 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 14. Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.505 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 15. Kein Verschweigen der NS-Geschichte im Henschel Museum**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.514 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 16. Aberkennung der Ehrenbürgerschaft August Bodes**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.544 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Edith Schneider
Schriftführerin

Stadt Kassel • 34112 Kassel

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Petra Friedrich

über

Herrn Oberbürgermeister
Bertram Hilgen

im Hause

Dezernat für Finanzen,
Beteiligungen und Soziales

Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel

Telefon: 0561 787-1270

Telefax: 0561 787-2217

E-Mail: dr_juergen.barthel@stadt-kassel.de

Stadtverwaltung im Internet:
www.stadt-kassel.de

16. Oktober 2012

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

➤ **Offene Fragen vom 15. August 2012**

Sehr geehrte Frau Friedrich,

zu den noch offenen Fragen aus der o.g. Sitzung wird wie folgt Stellung genommen:

Zu TOP 1 Sachstandsbericht Kasseler Bäder

1) *Wie hoch sind die Kosten für die besondere Gründung am Ende gewesen ?*

Für die Tiefgründungen der Bohrpfähle bestand ein Budget von 667.800 € –
abgerechnet wurden 327.022 €.

2) *Wie viel hat der Abriss / die Baureife am Ende gekostet ?*

Für die Abbruchmaßnahmen bestand ein Budget von 823.000 € - abgerechnet
wurden 429.991 €.

**3) *Wie hoch sind die Kosten für einen möglichen besonderen Hochwasser-
schutz gewesen ?***

Für Verbau und Wasserhaltung bestand ein Budget von 631.700 € - abgerech-
net wurden 398.886 €.

4) Darstellung der Entwicklung der Eigenkapitalquote bei Berücksichtigung der Sanierung der Freibäder in Bad Wilhelmshöhe und Harleshausen mit einem Betrag von 5 Mio. € oder 10 Mio. € mit einer Abrechnung über den Bädervertrag.

Eine Simulationsrechnung wurde auf der Basis der testierten Bilanz des Jahres 2011 vorgenommen; hiernach lag die Eigenkapitalquote des Jahres 2011 bei 38,6 %. Bei einem angenommenen Anstieg des Investitionsvolumens um 10 Mio. € würde die Eigenkapitalquote auf 37,45 % sinken. Bei einer Steigerung des Investitionsvolumens um 5 Mio. € würde die Eigenkapitalquote bei 38,0 % liegen.

Aus Sicht der STW würde es sich schwierig gestalten, ein Kreditinstitut zu finden, welches bereit wäre, ein Darlehen für die Investition in die Bäder zur Verfügung zu stellen, da der Bäderbereich als nicht kostendeckend eingestuft wird. Für diesen Fall wäre ein Gesellschafterdarlehen der Stadt das geeignete Finanzierungsinstrument. Dies wird allerdings auf den Kreditrahmen der Stadt angerechnet, d.h. es geht zu Lasten anderer Investitionen der Stadt.

Zu TOP 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2012; - Liste 2 / 2012 -

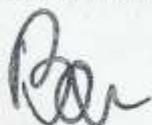
Zu Anlage 1 der Vorlage - 101.17.546 - :

*Die konkrete Höhe der Gewinnausschüttung der Gesundheit Nordhessen
Holding für das Klinikum Kassel ?*

Der Gewinnanteil aus 2011 aus der 10 %igen Beteiligung an der Klinikum Kassel
GmbH beträgt 546.541,81 €.

Mehrausfertigungen dieses Schreibens sind mit der Bitte um Weiterleitung an alle
Fraktionen beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Barthel
Stadtkämmerer